

Sachdokumentation:

Signatur: DS 974

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/974



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

WIRTSCHAFT 4.0

Für alle statt für wenige



Liebe Genossinnen und liebe Genossen

Der Prozess zur Überarbeitung des Wirtschaftskonzepts ist bereits voll im Gange und ich freue mich riesig über das grosse Interesse und das Mitarbeiten von allen Seiten. Als wichtiger Zwischenschritt in diesem Prozess steht nun die Diskussion an der Delegiertenversammlung an. Damit alle die Entstehungsgeschichte, das Vorgehen sowie die nächsten Schritte einordnen können, nehme ich einleitend dazu kurz Stellung.

Die endgültige Version des neuen Wirtschaftskonzeptes soll am Parteitag im Dezember 2018 verabschiedet werden. Das vorliegende Dokument stellt einen Zwischenschritt dar. Es soll den Delegierten die Möglichkeit geben, über die Einschätzung der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation zu diskutieren und die Richtung und Schwerpunkte des neuen Wirtschaftskonzepts frühzeitig mitzuprägen.

Am letzten Parteitag verabschiedete die SP ihren Standpunkt zur Wirtschaftsdemokratie. Die Botschaft war klar: Für eine erfolgreiche und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung braucht es Mitbestimmung und Teilhabe auf allen Ebenen. Das Positionspapier Wirtschaftsdemokratie gibt aber auf verschiedene drängende Themen der Wirtschaftspolitik keine direkte Antwort. Etwa auf die Frage, wie wir auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes reagieren müssen, welche durch Digitalisierung und Automatisierung rasch voranschreiten. Oder auf die Frage, wie wir uns zu internationalen Handelsabkommen stellen, die keinen Schutz vor Ausbeutung und Privatisierung bieten. Oder auf die Frage, wie wir uns mit politischen Massnahmen konkret der wachsenden Konzentration von Vermögen und Wirtschaftsmacht entgegenstellen.

Ziel

Wirtschaft 4.0 will die wichtigsten Antworten der SP auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten 10 Jahre liefern. Diese Antworten sollen verständlich daherkommen, bei den Lebensrealitäten der Leute anknüpfen und umsetzbar sein.

Das Wirtschaftskonzept der SP Schweiz für die Jahre 2006 bis 2015 umfasste 166 Seiten. Es ist in verschiedenen Bereichen nicht mehr aktuell.

Vorgehen

Wirtschaft 4.0 soll an früheren Wirtschaftskonzepten anknüpfen, sich aber in der Erarbeitung und im Resultat unterscheiden. Wir wollen stärker priorisieren: Die wichtigsten Antworten und Forderungen sollen besser herausgeschält werden, um die Verständlichkeit unserer Politik zu verbessern. Wirtschaft 4.0 will nicht alle Bereiche und Sektoren der Wirtschaft erklären und abdecken, sondern besonders aktuelle Entwicklungen und Forderungen hervorheben.

Aus diesem Grund führen wir den Prozess in zwei Phasen:

1. Phase: **Analyse**

Gemeinsames Verständnis der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation, ihrer Chancen, Risiken und Relevanz für die Bevölkerung sowie Ableitung der wichtigsten politischen Stossrichtungen: Verabschiedung an der Delegiertenversammlung vom 24. Februar 2018.

2. Phase: **Massnahmen**

Konkretisierung der wichtigsten politischen Stossrichtungen durch umsetzbare Massnahmen und Forderungen: Verabschiedung am Parteitag vom 1. Dezember 2018.

Was bisher geschah

Kickoff: Am 26. August fand in Bern eine zweisprachige Auftakt-Tagung mit interessanten Input-Referaten statt.

Ideensammlung: Die SP-Mitglieder wurden aufgerufen ihre Ideen und Vorschläge einzureichen. Eine Zusammenfassung dieser Ideen ist einsehbar unter www.sp-ps.ch/wirtschaftskonzept. Es gingen rund 130 Vorschläge ein. Einige sind in das vorliegende Dokument eingeflossen, andere wurden oder werden in der zweiten Phase noch von den Arbeitsgruppen diskutiert.

Arbeitsgruppen

Um die Analyse und die Massnahmen breit abzustützen, das Fachwissen in der Partei abzuholen und den Parteimitgliedern die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, wurden vier Arbeitsgruppen (AG) eingesetzt:

1. **Arbeit:** Arbeitsrecht, Arbeitsbedingungen/(Weiter-)Bildung, Care-Wirtschaft, Work-Life-Balance, soziale Sicherung (Leitung: Urs Wüthrich)
2. **Verteilungsfragen:** Besitzverhältnisse, Steuern, Service public, Urheberrecht, Patentrecht, Finanzmarkt (Leitung: Samuel Bendahan)
3. **Globalisierte Wirtschaft:** Handel, bi-/multilaterale Verträge wie TTIP, Aussenwirtschaft, nachhaltiger Konsum, Zusammenhang zwischen Handel und Entwicklung (Leitung: Eric Nussbaumer)
4. **Ressourcen:** Rohstoffe, Klima, Wachstum, Innovation und Finanzflüsse (Leitung: Barbara Häring)

Querschnittsthemen und Thesen

Von allen Arbeitsgruppen sollten die folgenden übergreifenden Themen behandelt werden: Digitalisierung, Gender, Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung, Chancengleichheit, Bildung/Forschung.

Den Arbeitsgruppen lagen gesamthaft 18 Thesen vor. Diese nannten die wichtigsten Herausforderungen und Stossrichtungen der Fachgebiete und der Querschnittsthemen der Arbeitsgruppen und stammten von diversen Fachleuten aus der SP.

Die Analyse-Berichte der Arbeitsgruppen wurden erarbeitet und sind unter www.sp-ps.ch/wirtschaftskonzept ebenfalls einsehbar. Ihre wichtigsten Punkte sind in das vorliegende Papier eingeflossen.

Wie weiter?

Die Delegiertenversammlung kann sich mittels Motionen zu den Herausforderungen und Stossrichtungen von Wirtschaft 4.0 äussern. Die Steuergruppe wird diese Vorgaben aufnehmen. Die Arbeitsgruppen werden auf dieser Grundlage ihre Arbeit fortsetzen und Forderungen und Massnahmen konkretisieren.

Ich freue mich bereits heute auf eine spannende Diskussion an der Delegiertenversammlung vom 24. Februar 2018 und die Weiterentwicklung von Wirtschaft 4.0.

Herzlich,



Beat Jans, Nationalrat BS
Projektleiter Wirtschaft 4.0

Wichtiges zum Papier

Der Prozess zur Überarbeitung des bestehenden Wirtschaftskonzepts wurde im August 2017 mit einer Kick-Off-Tagung gestartet. Seither wurden in einem partizipativen Prozess eine Analyse sowie eine Priorisierung der Themen vorgenommen. Alle Informationen zum Prozess und den Inhalten werden laufend auf www.sp-ps.ch/wirtschaftskonzept publiziert.

Die Steuergruppe und die GL erachten es als wichtig und bereichernd im Sinne eines Zwischenstopps, die Einschätzung der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation sowie die Richtung und Schwerpunkte des neuen Wirtschaftskonzepts mit den Delegierten zu diskutieren. **Das vorliegende Zwischenpapier wird nicht als Dokument der SP verabschiedet.** Es dient lediglich als Diskussionsgrundlage und als Basis für die Ausarbeitung des neuen Wirtschaftskonzepts mit Blick auf die finale Diskussion und Verabschiedung am Parteitag im Dezember 2018.

Somit ist **dieses Zwischenpapier nicht im üblichen Sinne antragsberechtigt, sondern die Delegierten können in Form von Motionen Anregungen und Vorschläge deponieren**, die in die weiterführenden Arbeiten einfließen sollen. Zum Beispiel:

- Welche Aspekte fehlen?
- Wo macht ihr eine andere Einschätzung?
- Sind die Schwerpunkte richtig gewählt?
- Sind die Chancen und Risiken richtig beurteilt?

Einreichen nur via separates Formular: [Motion zu Wirtschaft 4.0](#)

1 Unsere Wirtschaft

Wir sind die Mehrheit. Wir die Arbeitleistenden, die sich mit unseren handwerklichen, intellektuellen, fürsorglichen oder kreativen Fähigkeiten einsetzen und unseren Teil zum Gelingen beitragen. Wir sind die Wirtschaft. Nicht die sogenannten Wirtschaftsführer und Anleger, die ihr Geld arbeiten lassen, schaffen den Wohlstand. Wir tun es mit unserem unverzichtbaren Beitrag. Wir werden nicht aufhören, für eine Wirtschaft zu kämpfen, die uns dient, uns allen und nicht denjenigen, die mit ihrem Geld die Wirtschaft und die Politik für sich beanspruchen.

Dafür muss die Wirtschaft wieder den in der Bundesverfassung verankerten Zielen verpflichtet werden. Sie soll «die Freiheit und Rechte des Volkes», «die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes» fördern, «für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern» sorgen sowie «der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» und «der friedlichen und gerechten internationalen Ordnung»¹ dienen. Wir fordern eine Wirtschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen eine Wirtschaft, die der Freiheit aller dient. Freiheit erschöpft sich nicht im Abbau von Bürokratie. Freiheit ist nicht das Recht des Stärkeren, Freiheit hat nichts mit dem Abbau öffentlicher Leistungen zu tun. Im Gegenteil. Frei sein bedeutet, die Chance zu haben ein erfülltes Leben zu führen, an der Gesellschaft teilzunehmen und seine Stärken entfalten zu können, frei von Armut, Leid und existentiellen Zwängen, frei vor der Diktatur einer wirtschaftlichen Elite. Frei sein heisst Mitbestimmung und Teilhabe. Freiheit heisst Demokratie auf allen Ebenen.

Unser Engagement ist wichtig, gerade in dieser unruhigen Zeit, in der Globalisierung und Digitalisierung das Leben der Menschen rasch verändern und ganze Berufswege in Frage stellen. Die SP stellt sich dem Wandel. Wir wollen nicht, dass er einzig durch Wettbewerb und Profitstreben getrieben ist. Wir wollen Sicherheit, Perspektiven und Mitbestimmung. Wir wollen uns nicht technischen oder finanziellen Sachzwängen ausgeliefert sehen. Wir wollen mitgestalten und wir wollen, dass die Wirtschaft allen dient. Uns allen.

2 In den letzten zehn Jahren

Wirtschaft 4.0 knüpft an das Wirtschaftskonzept von 2006 an. Was hat sich seither Wichtiges verändert? Wo stehen wir heute?

2.1 Global

Die Weltwirtschaft steht heute an einem ganz anderen Punkt als vor 10 Jahren. Sie erlebte 2008 die Finanzkrise und auch Jahre nachher hat sie nicht zu alter Stärke zurückgefunden. Das Wachstum von Wirtschaft und Handel verharrt auf tiefem Niveau. Die Zinsen sind seit Jahren auf einem Rekordtief. Die Stabilität in der Eurozone ist wacklig. Bereits gibt es

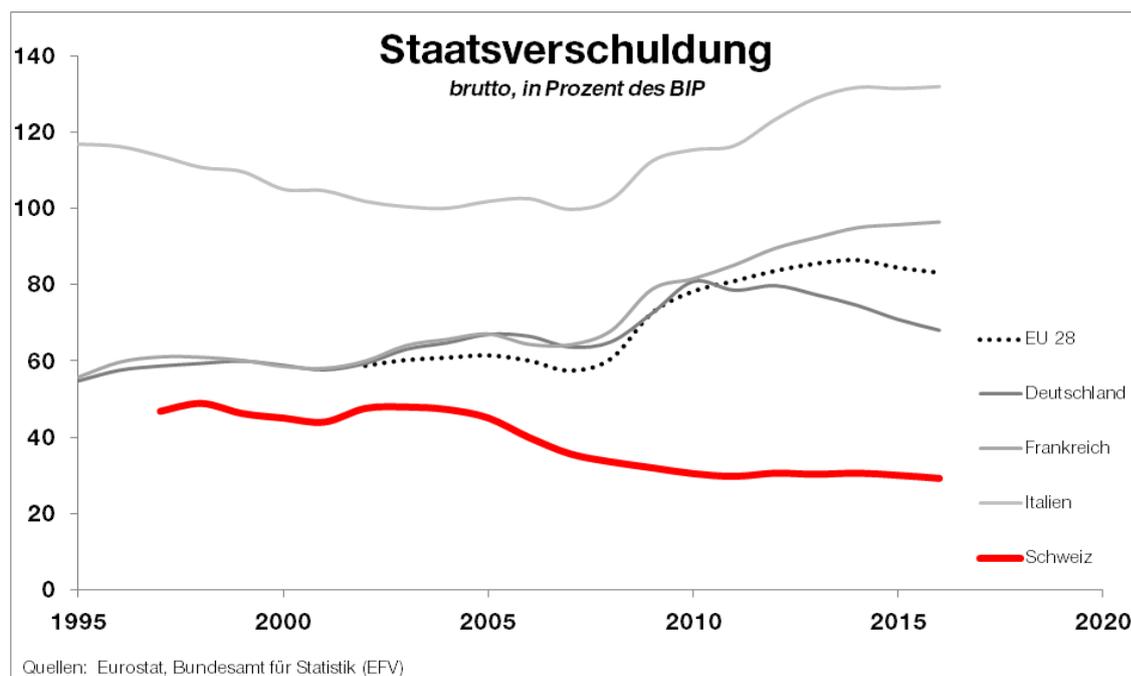
¹ Bundesverfassung der Eidgenossenschaft: Art 2, Zweck

Anzeichen für mögliche neue Krisen auf den Finanzmärkten. Ökonomische Theorien, mit denen der Lauf der Dinge Jahrzehnte lang erklärt wurde, haben versagt. Ökonomen sind verunsichert. Wählerinnen und Wähler vieler Länder auch. Sie haben sich von ihren traditionellen Wegen abgewendet. Das zeigt die Wahl von Donald Trump oder der Brexit-Entscheid Grossbritanniens. Die Weltwirtschaft ist heute in einem sehr instabilen Zustand.

Zu dieser Besorgnis erregenden Entwicklung haben verschiedene Dinge beigetragen. Dazu gehören die Deregulierung der Finanzmärkte in den 80er und 90er Jahren und die starke Abhängigkeit von fossilen Energiequellen. Dazu gehört aber auch die Konzentration von Vermögen, Reichtum und Boden in der Hand weniger auf Kosten der grossen Mehrheit. Eine Wirtschaft kann auf Dauer nur gedeihen, wenn alle gleich vom Mehrwert profitieren. Wenn hingegen die Einkommen und die Kaufkraft der Arbeitleistenden - seien es Angestellte oder Selbständige - nicht steigen, gerät sie an den Abgrund.

2.1.1 Folgeschwere Finanzkrise

Das zeigte die Finanzkrise eindrücklich. 2008 erlebte die Weltwirtschaft eine der grössten Verwerfungen ihrer Geschichte. Verantwortlich dafür war einerseits die steigende Ungleichheit. Anstatt die Einkommen der Erwerbstätigen zu verbessern, wurde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über Jahre mit steigender Verschuldung der privaten Haushalte in den USA und in Südeuropa hochgehalten. Verantwortlich für die Krise war aber auch die Deregulierung der Banken und Finanzmärkte. Dadurch konnte sich auf dem US-Hypothekenmarkt erst eine gigantische Blase bilden. Dann, 2007, explodierten die Ölpreise. Die Leute brauchten plötzlich doppelt so viel Geld zum Heizen und für den Arbeitsweg. Ihnen blieb kein Geld mehr, um ihre Schulden und Hypotheken zu bezahlen. Der US-Immobilienmarkt brach zusammen. Finanzdienstleister auf der ganzen Welt waren so stark voneinander abhängig und hatten selbst so wenig Eigenkapital, dass das Platzen der amerikanischen Immobilienblase eine Lawine auslöste.



Auf der ganzen Welt gerieten voneinander abhängige Banken in den Sog und wurden zahlungsunfähig. Um den Zugang zu Krediten zu sichern und den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten, mussten zahlreiche Landesregierungen einspringen. Anstatt die Schulden der Leute zu bezahlen, bezahlten sie die Schulden der Banken. Das heisst, sie gewährten oftmals ohne Gegenleistung Notkredite oder frisches Eigenkapital. Die Verschuldung der Staaten wuchs wegen den Bankenrettungen und dem Wirtschaftseinbruch stark an. Viele Länder wurden danach gezwungen, ihre Ausgaben zu senken. Sie kürzten Löhne, Renten und öffentliche Leistungen. Diese Kürzungspolitik (Austerität) schwächte damit die dringend benötigte Nachfrage und verschlimmerte die Krise, statt sie zu lösen. Europas Wirtschaftswachstum brach ein, die Eurozone drohte auseinanderzufallen. In der Folge stieg die Nachfrage nach Schweizer Franken.

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung zahlte einen hohen Preis. Millionen Menschen mussten Einkommensverluste hinnehmen und wurden in die Arbeitslosigkeit getrieben. Seither sind die Einkommen kaum gewachsen, die öffentlichen Leistungen haben sich verschlechtert und sie müssen weiterhin für die Schuldenlast der Staaten bürgen. Die Banken und die Reichsten wiederum profitieren bereits wieder von steigenden Kursen. Die Börsen schreiben Rekordwerte.

Die Finanzmärkte haben eine beunruhigende Grösse und intransparente Komplexität erreicht, die es ihnen erlaubt, ihre Macht immer mehr auszubauen. Im letzten Vierteljahrhundert wurde der Faktor Kapital immer stärker gegenüber Lohn und Arbeit bevorzugt. Diese Zeitspanne ist von einer vielschichtigen Finanzialisierung der Wirtschaft («financialization of economy») geprägt. Der gesamte Zahlungsverkehr in unserem Land betrug im Jahre 2013 200'000 Milliarden Franken, was 300-mal dem schweizerischen Bruttoinlandprodukt entspricht. Die Finanzwirtschaft ist in eine Dimension vorgestossen, die mit der real produzierenden Wirtschaft nicht mehr deckungsgleich ist.

Spekulanten wickeln ihre Finanzgeschäfte teilweise hochriskant im Takt von Sekundenbruchteilen virtuell auf Computern ab. Wie im Casino versuchen sie auf den entfesselten Finanzmärkten möglichst hohe Renditen zu erzielen, statt in die real produzierende Wirtschaft zu investieren. Und wetten sie falsch, müssen sie vom Staat gerettet werden. Somit ist eine kleine Minderheit in der Lage, ihre Interessen der gesamten Gesellschaft aufzuzwingen. Massnahmen, um den Finanzsektor wieder in den Dienst der real produzierenden Wirtschaft und der demokratischen Gesellschaftsordnung zu stellen, werden immer noch zu wenig umgesetzt. Das Finanzsystem ist heute nicht sicherer als zur Zeit der Finanzkrise.

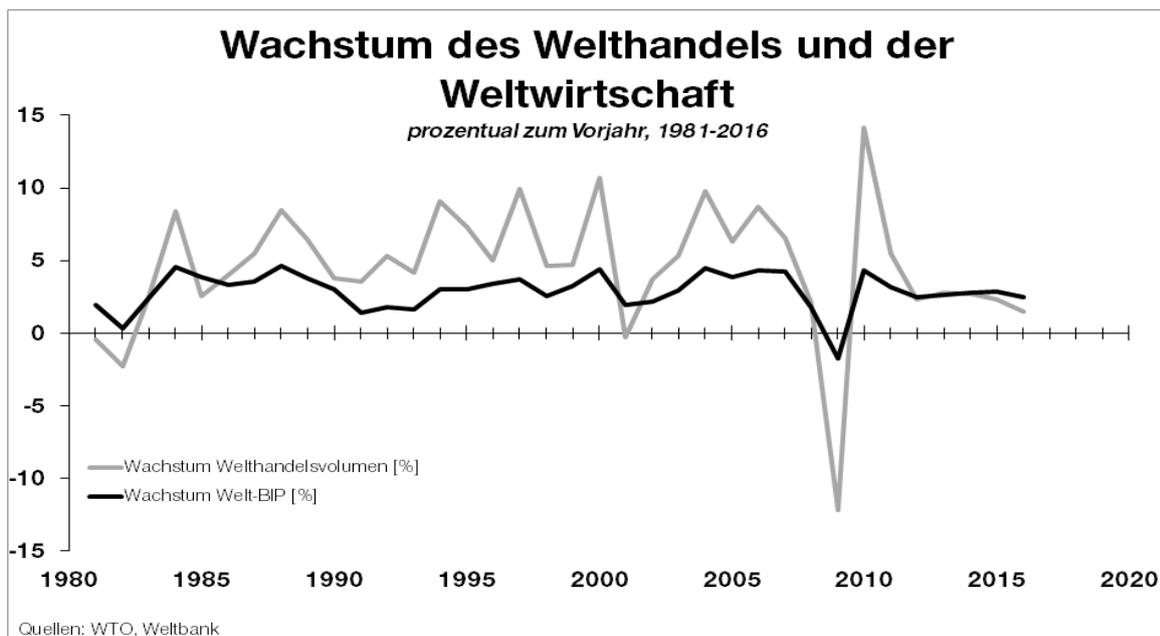
2.1.2 Anhaltend tiefe Zinsen

Die Notenbanken vieler Länder reagierten rasch auf die Finanzkrise. Sie senkten die Zinsen stark und brachten enorm viel Geld in Umlauf. Damit kamen sie einerseits ihren Regierungen entgegen und machten die zusätzlichen Staatschulden erst finanzierbar. Andererseits wollten sie erwirken, dass die Privatwirtschaft dank billigem Geld neue Investitionen, neue Produkte und Dienstleistungen hervorbringen und so neue Jobs schaffen kann. Der Erfolg dieser Politik blieb weit unter den Erwartungen. Sie konnte zwar eine noch grössere Krise wie in den 1930er Jahren verhindern. Es zeigte sich aber deutlicher denn je, dass

Regierungen und Notenbanken die Wirtschaft nicht ankurbeln können, solange nicht auch die Staaten Ausgaben tätigen und die Einkommen der KonsumentInnen stagnieren. Das viele Geld landete zum grossen Teil bei Konzernen und Anlegern und trug dort zum Aufblähen der Aktienkurse bei. Noch nie waren die Zinsen weltweit so lange so tief wie in den letzten zehn Jahren. Wenn die Notenbanken die Zinsen erhöhen, besteht die Gefahr, dass sie die hoch verschuldeten Staaten und Haushalte und damit die Nachfrage nochmals schwächen. Zinsen, die fast bei null oder darunter liegen (Negativzinsen), sind eine Gefahr. Sollte eine weitere Finanzkrise kommen, können die Notenbanken nicht mehr mit Zinssenkungen reagieren.

2.1.3 Weltwirtschaft und Handel wird gebremst

Gegenüber 2006 ist die Weltwirtschaft trotz Finanzkrise zwar gewachsen, namentlich in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien. Seit der Finanzkrise hängt das Wachstum des Bruttoinlandproduktes aber weit hinter dem Durchschnitt der Jahre zwischen 1980 und 2008 zurück². In den USA und in der Eurozone ist es markant gesunken. In vielen hoch entwickelten Ländern liegt es seit Jahren zwischen 1 und 2 Prozent. Besonders besorgniserregend: Private und öffentliche Investitionen sind gerade in den reichen Ländern rückläufig. Das schwächt das Potential der Wirtschaft längerfristig und erschwert den Ausweg aus der «anhaltenden Stagnation»³ weiter.



Das Wachstum des Welthandels hat sich noch deutlicher verlangsamt. In den Jahren vor und kurz nach der Jahrtausendwende (1988 bis 2007) lagen die jährlichen Wachstumsraten des Handelsvolumens bei rund 7 Prozent. Seither wächst es noch um rund 3 Prozent. Seit 2014 stagnieren die gehandelten Mengen. Die Welthandelsorganisation WTO setzte zwar keine weiteren Handelsliberalisierungen durch, der zwischenstaatliche Handel wurde aber über bilaterale Verträge weiter geöffnet. Trotzdem wurden zwischen den Jahren 2010

² Weltbank (Januar 2015): Global Economic Prospects

³ <http://larrysummers.com/2016/02/17/the-age-of-secular-stagnation/>

und 2016 weltweit deutlich weniger neue Freihandelsabkommen unterzeichnet als zwischen 2000 und 2010⁴.

2.1.4 Digitalisierung durchdringt die Wirtschaft

Zu den markanten globalen Entwicklungen der letzten Dekade gehört auch die Vernetzung über das Internet. Rund die Hälfte der Weltbevölkerung nutzt inzwischen das Internet. In der Schweiz ist der Anteil in nur zehn Jahren von unter 50 auf über 90 Prozent angestiegen. Das hat die Arbeitswelt und die Kommunikation stark verändert. Neue Formen der Produktionsorganisation (Plattformökonomie) sind entstanden. Obwohl Digitalisierung und Automatisierung in vielen Unternehmen zu einer Produktivitätssteigerung führen, hat diese Entwicklung bisher nicht zu einer markanten Steigerung der weltweiten gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität geführt⁵. Im Gegenteil, seit den rund zwanzig Jahren, in denen man von Digitalisierung spricht, wächst die pro Kopf erbrachte Leistung deutlich langsamer als in den Zeiten davor. Im vergangenen Jahrzehnt ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität nochmals gesunken. Die vielbeschworene Digitalisierung hat sich bisher weder weltweit noch in der Schweiz merkbar auf den Beschäftigungsgrad ausgewirkt. Aber die Zahl der Menschen, die als sogenannte Crowdworker in einem unregelmäßigen Auftragsverhältnis digitale Arbeiten erledigen, nimmt rasch zu. In der Schweiz verdienen bereits 3.5 Prozent der Bevölkerung mehr als die Hälfte ihres Einkommens auf diese Art.⁶

2.1.5 Konzentration von Einkommen und Vermögen

Die Digitalisierung begünstigte aber den kometenhaften Aufstieg grosser IT-Firmen wie Apple, Alphabet (Google), Facebook. Nicht zuletzt dieser Aufstieg beschleunigte eine weitere bedeutende Entwicklung: die Vermögenskonzentration. Die Reichtümer der Welt sind seit 2007 um ein Viertel gewachsen⁷. Davon profitiert vor allem das reichste Prozent der Weltbevölkerung, das heute über die Hälfte der Vermögen aller Haushalte besitzt. Oxfam spricht sogar davon, dass acht Männer heute mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Menschheit. Auch die Schere bei den Einkommen ist stark gewachsen. In vielen reichen Ländern haben die Normalverdienenden durch die Schwächung der Gewerkschaften, Privatisierungen, Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte und neue Technologien Verhandlungsmacht eingebüsst. Die soziale Ungleichheit zwischen Spitzenverdienern und Einkommensschwachen ist auf der Welt grösser geworden. Zu diesem Schluss kam eine Forschergruppe um den bekannten französischen Ökonomen Thomas Piketty. Demnach hat sich das Einkommen des reichsten Prozentes der Weltbevölkerung seit 1980 mehr als verdoppelt. Die Mittelklasse hingegen habe kaum profitiert. Hauptursache für das ökonomische Ungleichgewicht sei die ungleiche Verteilung von Kapital in öffentlicher und privater Hand. So seien seit 1980 in fast allen Ländern große Mengen öffentlichen Vermögens privatisiert worden. Dadurch verringert sich der Spielraum der Regierungen, der Ungleichheit entgegenzuwirken.⁸

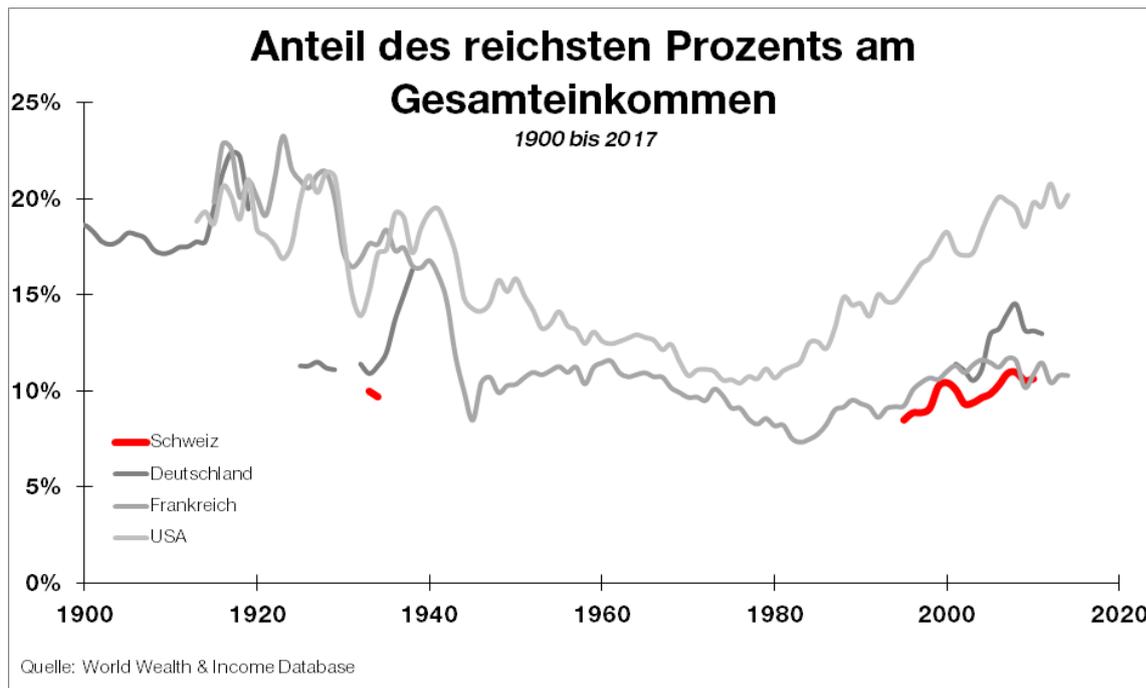
⁴ IWF World Economic Outlook Database. Gross domestic product: constant prices, percent change (market exchange rates). Trade volume of goods and services: percent change. (eingesehen am 3. März 2016)

⁵ Bank für internationale Zahlungsausgleich (BIZ). Jahresbericht 2016

⁶ FEPS 2017 Work in the European Economy

⁷ Global Wealth Report 2017

⁸ <http://wid.world/world>



Die Ungleichheit ist heute so gross, dass selbst das WEF davor warnt, dass eine Weltwirtschaft, an der die Mehrheit der Bevölkerung am wirtschaftlichen Fortschritt kaum teilhat, nicht funktionieren kann⁹. Die Konzentration wächst auch bei den Unternehmen. Nur rund 147 Unternehmen kontrollieren den Grossteil der gesamten Weltwirtschaft¹⁰. Die meisten davon sind im Finanzsektor tätig. Der Anteil der Rohstoff-Konzerne wächst. Sie entscheiden wesentlich darüber, wohin die Gelder fließen. Diese starke Machtballung, so die ETH, stehe im Widerspruch zu einem demokratischen Staatsverständnis und gefährde die Stabilität des Systems¹¹. Nur gerade zehn Konzerne kontrollieren fast alle Markenartikel, die wir in den Supermärkten kaufen können.

Diese Vermögens- und Machtkonzentration wird nicht zuletzt durch Steuerflucht begünstigt. Mittels komplizierter Konstrukte entziehen wohlhabende Privatpersonen und multinationale Konzerne ihre Milliardengewinne weltweit der Besteuerung¹². Mit dem OECD-Projekt Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) haben sich die reichen Länder nun aufgemacht, weltweit gegen Gewinnverschiebungen und Gewinnverkürzungen vorzugehen. Dazu gehört auch der Automatische Informationsaustausch (AIA), mit dem Banken die Vermögen ihrer Kunden an ausländische Regierungen melden müssen. Die Schweiz hat sich diesen Ländern angeschlossen, allerdings ohne den Informationsaustausch auch im Inland umzusetzen. Ob es so gelingt, die Steuerschlupflöcher global zu stopfen und die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen mittels einer fairen Besteuerung einzufordern, wird sich erst noch weisen.

⁹ World Economic Forum. (2012). Global Risk Report 2012

¹⁰ The network of global corporate control Oct. 2011

¹¹ <https://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/oekonomie/147-konzerne-kontrollieren-die-gesamte-weltwirtschaft-13371950>

¹² Die sogenannten Panama Papers und die Paradise Papers brachten diese Machenschaften eindrücklich ans Licht.

2.1.6 Klimaüberhitzung und Kohlenstoffblase

In den letzten Jahren gewann auch die Klimafrage stark an Bedeutung. Es ist heute unbestritten, dass die Klimaüberhitzung eine der grössten unmittelbaren Bedrohungen für die Menschheit und die Weltwirtschaft darstellt¹³. Das haben die Regierungen von 195 Staaten unterstrichen, als sie sich 2015 mit der Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris verpflichtet haben, ihre Länder bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Zunahme an Extremereignissen wie Stürmen, Überschwemmungen und Trockenzeiten treibt die Infrastrukturkosten zunehmend in die Höhe. Der Ausstoss an Klimagasen liegt weiterhin auf einem viel zu hohen Niveau. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass immer noch grosse Teile der Finanzströme zu den mächtigen Energiekonzernen fliessen, die ihre Erdöl-, Erdgas- und Kohlereserven ständig erweitern und der Verbrennung zuführen wollen. Durch diese anhaltende Erschliessung fossiler Reserven wächst auch eine neue Wirtschaftsblase, die Kohlenstoffblase. Denn die Wissenschaft weist eindringlich darauf hin, dass nur ein Drittel der schon heute vorhandenen Reserven überhaupt verbrannt werden darf, wenn die Ziele von Paris erreicht und eine unkontrollierbare Klimaveränderung abgewendet werden soll.

2.2 In der Schweiz

Die Finanzkrise prägte auch die Schweiz. Die Nationalbank führte Negativzinsen ein, um zu verhindern, dass der Franken zu stark wurde. Negative Zinsen führen zu sinkenden Erträgen, zum Beispiel in unseren Pensionskassen. Im ersten Jahr nach der Finanzkrise erlebte die Schweiz nicht nur eine Rezession, die seither geltenden Negativzinsen senkten unsere Renten um mehrere Prozent. Der zweite Schock für die Schweizer Wirtschaft kam, als die Nationalbank im Januar 2015 den Mindestkurs aufhob. Der in der Folge überbewertete Franken wirkte sich negativ auf die Schweizer Realwirtschaft aus. Die Zahl der Beschäftigten sank in einem durchschnittlichen Schweizer Industrieunternehmen in den folgenden zwei Jahren um rund 4 Prozent und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den exportorientierten Firmen um 17 Prozent. Kleine und mittelgrosse Firmen kippten oder verschoben Investitionsprojekte, zum Nachteil ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Grosse und international tätige Industrieunternehmen verlagerten ihre Investitionstätigkeiten zum Teil ins Ausland.¹⁴

2.2.1 Wenig Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit liegt heute in der Schweiz mit rund 3.3 Prozent gleich hoch wie 2006, nachdem sie als Folge der Finanzkrise zwischenzeitlich auf 3.7 Prozent angestiegen war. Seit 2016 ist sie wieder leicht am Steigen. Sie liegt deutlich tiefer als in den Nachbarländern Italien oder Frankreich, aber höher als in den deutschen Nachbarregionen Baden-Württemberg und Bayern.

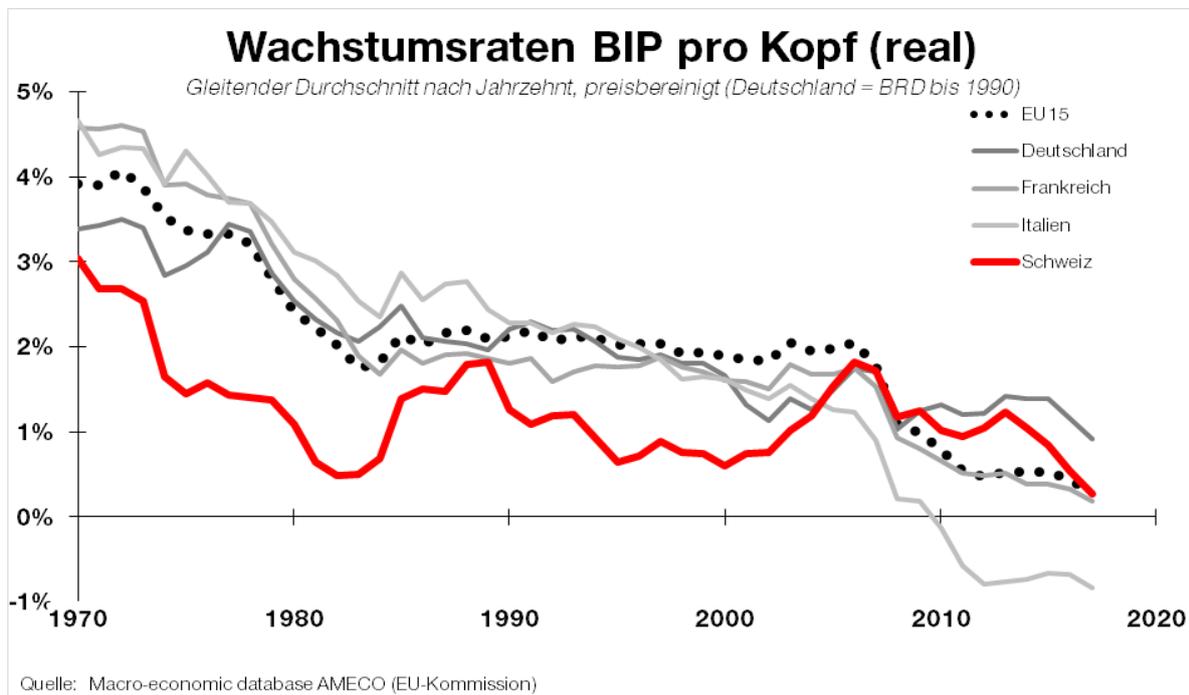
Aber die Zahl der Ausgesteuerten hat zugenommen. Zählt man diese zu den arbeitslos Gemeldeten, beträgt die Erwerbslosigkeit heute knapp 5 Prozent. Vor allem Über-50-Jährige haben es heute sichtlich schwerer einen neuen Job zu finden, wenn sie entlassen wurden.

Die Zahl der Beschäftigten ist im Industriebereich um etwa 8 Prozent gesunken, gewach-

¹³ World Economic Forum (2016) . Global Risk Report 2016

¹⁴ <http://dievolkswirtschaft.ch/de/schwerpunkte/schweizer-volkswirtschaft-und-der-harte-franken-11-2017/>

sen sind die Dienstleistungen. Ohne den Gesundheitsbereich und die Pharmaindustrie würde das Bruttoinlandprodukt (BIP) nicht wachsen, ohne Zuwanderung auch nicht. Pro Kopf der Bevölkerung stagniert das BIP seit Jahren.



Die Schweiz hat im internationalen Vergleich immer noch lange Arbeitszeiten, eine hohe Produktivität und tiefe Arbeitslosigkeit. Die durchschnittlichen Arbeitszeiten, die bis in die 90er Jahre stetig gesunken waren, sind in den letzten 20 Jahren wieder gewachsen und sind mit rund 42 Stunden höher als überall sonst in Europa.

Ebenfalls gewachsen ist der Stress am Arbeitsplatz. 1,5 Millionen Arbeitende leiden unter Stress. 43 Prozent der Befragten klagen laut *secundo* über belastende Arbeitszeiten als Stressursache.¹⁵ Im Jahr 2000 waren es noch unter 20 Prozent. Burnouts und andere stressbedingte Krankheiten nehmen signifikant zu. Gestresste Angestellte werden auch zu gestressten Kunden. Die Klagen der Arbeitleistenden über belastende Kundenkontakte nehmen messbar zu. Die Wissenschaft stellt zudem fest, dass auch der private Stress zunimmt. Unter anderem weil die Pendlerzeiten länger werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig bleibt.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist zwar leicht gestiegen. Sie werden in der Arbeitswelt aber nach wie vor diskriminiert. Sie werden schlechter bezahlt, haben es schwieriger, beruflich Karriere zu machen und leisten neben der bezahlten Arbeit den viel grösseren Teil der unbezahlten Care-Arbeit. Obwohl die Fakten längst auf dem Tisch liegen, sind die Gleichstellungsfortschritte gering.

2.2.2 Die Schere öffnet sich auch in der Schweiz

Auch in der Schweiz ging die Lohn- und Vermögensschere auf, wenn auch nicht so stark wie in vielen anderen Ländern. Die Löhne der CEOs wuchsen etwa zehnmals schneller als

¹⁵ 27.09.2016: Der Stress bei der Arbeit nimmt zu (Tages-Anzeiger).

die Durchschnittslöhne¹⁶. Mehr Lohn erhielten in den letzten zehn Jahren vor allem die Spitzenverdienenden: Gesamtarbeitsverträge, flankierende Massnahmen und gute Bildung konnten zwar ein Absinken der tiefen und mittleren Löhne verhindern, doch stagnierte die Kaufkraft bei den meisten oder ging sogar zurück, weil die Lohngewinne über höhere Ausgaben aufgeessen wurden.¹⁷ Gerade die Krankenkassenprämien und die Mietpreise wachsen viel zu schnell. Das Wachstum der Krankenkassenprämien hat zwar auch strukturelle Gründe, da die Bevölkerung immer älter und die Behandlungsmethoden immer aufwändiger werden. Das unsoziale Prinzip der Kopfprämien führt aber für die unteren und mittleren Einkommen zu einer immer grösseren Belastung.

Über die zu hohen Mieten werden rund 15 Milliarden jährlich von den Mietenden zu Eigentümern umverteilt¹⁸. Dieses Geld fehlt den Haushalten und schwächt den Binnenkonsum, der etwa 60 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes ausmacht. Die Zahl der Working Poor ist weiter gewachsen. Über 145'000 Erwerbstätige können inzwischen von ihrem Lohn nicht mehr leben und sind abhängig von zusätzlichen Sozialleistungen. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen.¹⁹ Rund eine halbe Million Menschen leben nur von der AHV, die heute nicht mehr zum Leben reicht.

2.2.3 Anhaltend hohe Migration

In den letzten zehn Jahren wanderten jährlich zwischen 50'000 und 100'000 mehr Arbeitskräfte ein als aus. Das war ein wichtiger Wachstumsfaktor²⁰. Er hat der Schweiz nötige Fachkräfte gebracht, von denen hier zu wenige ausgebildet werden. Die flankierenden Massnahmen haben ein grossflächiges Sinken der Löhne durch das grössere Arbeitskräfteangebot verhindern können. Aber es gibt in einigen Branchen wie dem Baugewerbe, aber auch im Detailhandel und der Industrie, grobe Fälle von Lohndumping. Eine knappe Mehrheit der Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen und damit beschlossen, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern zu begrenzen. Mit dem «Inländervorrang light» in Branchen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wurde eine arbeitnehmerfreundliche Umsetzung gefunden, welche die für die Schweiz existenziellen Beziehungen zur EU nicht gefährdet. Rund ein Drittel der Zuwanderung sind Flüchtlinge. Ihr Anteil ist in den letzten Jahren wieder gewachsen und fast auf der Höhe der 90er Jahre. Dies, weil die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit zugenommen haben. Ein im internationalen Vergleich kleiner Teil dieser Flüchtlinge landet in der Schweiz. Sie stammen vor allem aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. Bisher ist es kaum gelungen, diese Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren. Das hat auch mit der aktuellen Gesetzeslage zu tun, welche vielen den Zugang zu einem regulären Arbeitsverhältnis verwehrt.

¹⁶ Unia: Lohnschere-Studie 2017

¹⁷ SGB-Verteilungsbericht 2016, http://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/117df_DL-KS_Verteilungsbericht_2016-internet.pdf

¹⁸ Die Raiffeisenbank hat errechnet, dass die Bestandsmieten aufgrund der gesunkenen Referenzzinssätze seit Beginn der 1990er Jahre um 40 Prozent tiefer sein müssten, als sie effektiv sind. Quelle: <https://www.raiffeisen.ch/content/dam/www/rch/pdf/publikationen/wohnmobilien-schweiz/de/2017/Wohnimmobilien-Schweiz-1Q17.pdf>

¹⁹ Bundesamt für Statistik, Mai 2017

²⁰ <https://www.degruyter.com/view/j/roe.2016.67.issue-1/roe-2015-1005/roe-2015-1005.xml>

3 Die grossen Kontroversen unserer Zeit

Die veränderte Lage der Weltwirtschaft hat wichtige Debatten ausgelöst oder verstärkt. Die SP muss klären, wie sie sich darin positioniert. Dazu gehören vor allem die Einschätzung und Folgen der Digitalisierung, der Globalisierung und des Wachstums. Wir wollen in diesem Kapitel unsere Haltung dazu darlegen.

3.1 Digitalisierung – um den Fortschritt zu bewältigen

Digitalisierung steht für den technischen Fortschritt und für Automatisierung im 21. Jahrhundert. Mit Hilfe von elektronischer Datenübertragung verändern sich Kommunikations- und Arbeitsprozesse grundlegend. Die Plattform-Ökonomie als neue wirtschaftliche Organisationsform wird sich weiter ausbreiten. In der Schweiz soll ab ca. 2020 mit 5G die Geschwindigkeit des Internets und der Mobiltelefone um ein Vielfaches erhöht werden. Das wird den Wandel weiter beschleunigen, weil insbesondere die Kommunikation zwischen mit Sensoren ausgestatteten Gegenständen (Internet der Dinge) zunehmen wird. Die SP sieht in dieser Entwicklung Chancen und Risiken.

3.1.1 Chancen

Wer über die nötigen Kenntnisse und einen Computer mit Internetanschluss verfügt, kann seine Dienstleistungen und Ideen dank dem Internet mit wenig Geld vielen Menschen zugänglich machen²¹. Dank schnellem Informationsaustausch können Kundenwünsche besser berücksichtigt, kann die Produktion besser der Nachfrage angepasst, können Prozesse optimiert, Transporte und Arbeitswege vermieden, Infrastruktur besser ausgelastet, sowie Energie und Ressourcen eingespart werden. Dank digitalen Applikationen verzichten immer mehr Menschen auf Eigentum: Wer Dinge wie Autos, Maschinen, Werkzeuge, Literatur oder Musik nicht besitzt, kann sie über digitale Dienstleister einfach von anderen anmieten oder mit ihnen teilen (sharing economy).

Das Internet verbessert auch den Zugang zu Wissen und Bildung. Es hilft Menschen weltweit, miteinander in Verbindung zu treten und sich einzubringen (Demokratisierung). Digitalisierung ermöglicht mobilere Arbeitsplätze und flexiblere Arbeitszeiten. Das alles kann unser Leben erleichtern und bereichern. Für die Schweizer Wirtschaft bietet die Digitalisierung Chancen, durch gute Aus- und Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

3.1.2 Risiken

Es ist unklar, ob die Digitalisierung gesamthaft Arbeitsstellen vernichten wird. Klar ist, dass sie dazu führt, dass sich Berufsbilder rasch, ja immer rascher wandeln. Gemäss bisheriger Erfahrungen wird der Bedarf an hochqualifizierten Berufen zunehmen, der Bedarf an mittelqualifizierten (Büro, KV, Verkauf) abnehmen und der Bedarf an niedrigqualifizierten in etwa stagnieren. Weltweit zählen die Frauen zu den Verliererinnen auf dem Stellenmarkt²². Zwar sind Pflegeberufe weniger durch Maschinen zu ersetzen, aber viele andere mehrheitlich von Frauen ausgeübte Arbeiten im Detailhandel oder Backoffice werden automatisiert.

²¹ Jeremy Rifkin (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft

²² WEF (2016): The Industry Gender Gap

Zudem können viele Frauen wegen der Babypause bisher nur selten Weiterbildungen machen.

Die Digitalisierung verschlechtert die Arbeitsbedingungen vieler von uns. Die Zahl von sogenannten Crowdworkern, die in einem ungeregelten Auftragsverhältnis digitale Arbeiten erledigen, nimmt rasch zu (siehe auch Kapitel 2.1). Sie geniessen praktisch keinen rechtlichen Schutz. Schon seit vielen Jahren werden Dienstleistungen im grossen Stil in Tieflohnländer oder an Billigstanbieter ausgelagert. Eine Umkehr dieses Trends ist nicht in Sicht, er wird durch bessere Kommunikationsnetze sogar verstärkt. Die klassischen Definitionen, Abgrenzungen und Regeln im Arbeitsrecht und in der Sozialpartnerschaft verschwimmen zusehends. Auch die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmt. Die Erreichbarkeit nimmt zu. Das alles kann den Stress am Arbeitsplatz vergrössern. Und es wird politisch dazu missbraucht, die Arbeitsrechte weiter abzubauen.

Zu den Risiken gehören auch gesellschaftliche Veränderungen. Internet und soziale Medien fördern die gesellschaftliche Isolation, die Verbreitung von Respektlosigkeit, Hass und Unwahrheiten (Fake News) und den Verlust an Privatsphäre. Künstler werden häufiger ihrer Autorenrechte beraubt, in dem ihre Werke einfacher als früher gratis weiterverbreitet werden.

Und schliesslich hat die Digitalisierung trotz ihrer Möglichkeiten zur Demokratisierung bisher global zu einer Vermögenskonzentration beigetragen und marktbeherrschende Grosskonzerne mit monopolartiger Stellung geschaffen, die ihre Gewinne, nicht zuletzt dank undurchsichtiger Finanzflüsse, an den Steuerbehörden vorbeitricksen können. Die wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft von Datenübertragung setzt sie neuen Grossrisiken durch Stromausfall oder Cyberangriffen aus.

3.1.3 Unsere Position: Wie wir uns zur Digitalisierung stellen

Digitalisierung ist weder gut noch schlecht. Sie findet statt. Weil Bildung und Forschung die wichtigsten Ressourcen der Schweiz sind, wollen wir dafür sorgen, dass die Schweiz über eine gute digitale Infrastruktur und grosses Wissen verfügt. Wir müssen die Menschen befähigen, beim Wandel mitzuhalten und ihn mitzugestalten. Die Digitalisierung wird aber nur dann dem Wohl der Mehrheit dienen, wenn der Produktivitätsgewinn besser als heute allen zu Gute kommt, wenn die Regeln des Arbeitens und Zusammenlebens nicht ausgehöhlt werden und vor allem wenn alle die Chance erhalten, die neuen Technologien in ihrem Beruf zu beherrschen und mitzugestalten. Dazu braucht es starke Gewerkschaften, ausgebaute Arbeitnehmerrechte und die Förderung von Innovationen, welche die Mehrheit stärken statt schwächen.

3.2 Globalisierung - von Gütern und Gerechtigkeit

Von Globalisierung spricht man, wenn Waren, Dienstleistungen und Geld vermehrt über Landesgrenzen ausgetauscht werden und Arbeitskräfte samt ihren kulturellen Gewohnheiten in fremde Länder ziehen. Mit ihnen wandert auch die Produktion von Waren und Dienstleistungen. Wie schnell diese Globalisierung vonstattengeht, hängt längst nicht nur vom technischen Fortschritt ab. Dieser ist zwar wichtig. So haben die tieferen Treibstoffkosten, die rasante Entwicklung der Transportlogistik mit Flugtransporten, Containern und riesigen Frachtschiffen oder das grenzenlose Internet sicher viel dazu beigetragen. Zu den Treibern der Globalisierung gehören aber auch politische Entscheide. Die grosse Zunahme der Globalisierung im letzten Jahrhundert ging ganz wesentlich mit der Deregulierung des globalen Kapitalverkehrs einher. Wer Geld hat, kann es heute fast uneingeschränkt, in jedem Land und jedem Unternehmen, investieren, das ihm die grösste Rendite verspricht. Das hat zur Folge, dass Produktionsstätten in ferne Länder verschoben werden und dass Menschen dorthin ziehen, wo Stellen entstehen. Die Politik ging im letzten Jahrhundert davon aus, dass es für alle Länder besser sei, wenn frei gehandelt werden darf. Wenn die Waren dort hergestellt werden, wo sie am günstigsten produziert werden können, profitieren im Prinzip alle. Deshalb wurden weltweit Zölle und andere Handelsschranken abgebaut. Man hat das über Handelsabkommen, die alle Länder betreffen (multilateral z.B. im Rahmen der WTO) oder solche die wenige (plurilateral) oder nur zwei Länder (bilateral) betreffen, durchgesetzt. In solchen Verträgen wird den Ländern auch untersagt, die eigene Produktion mittels Subventionen gegenüber der internationalen Konkurrenz zu stärken. Immer wichtiger für die Mobilität von Arbeit und Waren ist der sogenannte Standortwettbewerb. Viele Länder gehen immer aggressiver vor, um Unternehmen anzuziehen. Das tun sie über Senkungen der Unternehmenssteuern oder den Abbau von Arbeitsrechten.

Die Schweiz profitiert wirtschaftlich von der Globalisierung. Sie verdient mehr an den Waren, die sie exportiert, als sie für die importierten Waren bezahlt. Sie weist also eine positive Handelsbilanz auf. Diese hat sich in den letzten zehn Jahren auf knapp 40 Mia. fast verdreifacht. Dieses grosse Wachstum hat fast ausschliesslich mit der Pharmabranche zu tun.²³ Ohne sie hätte die Schweiz seit Jahren ein Warenhandelsdefizit. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Haupthandelspartner des grenzüberschreitenden Warenverkehrs sind die Industriestaaten; eine besonders wichtige Stellung hat dabei die EU.²⁴

Der Bundesrat setzte sich im Rahmen der WTO immer für Liberalisierung des Welthandels ein. Parallel dazu baute die Schweiz ihr Netz von Freihandelsabkommen (FHA) weiter aus. Gleichzeitig trug der Bundesrat zur Ausgestaltung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei, welche von der UNO verabschiedet wurde und die nachhaltige Entwicklung fördern und die Armut in allen Ländern bekämpfen will.²⁵ Auch die Globalisierung birgt Chancen und Risiken.

²³ <https://www.fuw.ch/article/was-waere-die-schweiz-ohne-pharmaindustrie/>

²⁴ Eidg. Zollverwaltung 2017: Statistik des Aussenhandels der Schweiz 2016

²⁵ Bericht des Bundesrates zur Aussenwirtschaftspolitik 2015 vom 13. Januar 2016

3.2.1 Chancen

Handel verflechtet Länder und führt Kulturen zusammen. Völker, die Waren austauschen, verständigen sich und vermeiden Auseinandersetzungen. So kann Freihandel Frieden fördern. Globaler Handel trägt auch zu Wohlstand bei. Er führt zu tieferen Preisen. Elektrogeräte oder Nahrungsmittel, aber auch Produktionsmittel wie Photovoltaik-Paneele, sind heute viel günstiger als noch vor Jahrzehnten. Davon haben die Konsumentinnen und Konsumenten auf der ganzen Welt profitiert. Das handelsbedingte Wirtschaftswachstum insbesondere in Schwellenländern hat die Kaufkraft in diesen Ländern verbessert. Das hat wohl dazu beigetragen, dass die Kindersterblichkeit gesunken, die Gesundheitsversorgung und der Bildungsstand gestiegen sind. Der wachsende Wohlstand in den Schwellenländern hat das Bevölkerungswachstum verlangsamt. Es ist heute denkbar, dass die 9-Milliarden-Einwohner-Schwelle nicht überschritten wird. Das Bewusstsein wächst, dass wichtige globale Fragen wie Klimaschutz, Arbeitnehmerschutz, faire Besteuerung, Terrorismusbekämpfung nur international gelöst werden können.

Zu den Gewinnern gehören aber auch die globalen Konzerne und Geldgeber (Kapital). Sie können ihre Gewinne durch Verlagerung steigern. Davon profitieren auch wir Erwerbstätigen. Denn unsere Pensionskassengelder sind zu einem grossen Teil bei globalen Konzernen angelegt.

3.2.2 Risiken

Ein Teil der Arbeitleistenden und KMUs gehört zu den Verliererinnen und Verlierern der Globalisierung. Wenn die Konzerne ihre Produktion verlagern, werden lokale Güterkreisläufe zerstört. Während sich für die Einen neue Chancen eröffnen, stehen Andere ohne Einkommen da. Ihr Staat muss für sie aufkommen und verliert somit auch. Vielerorts steigt auch der Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen werden schlechter. Der Stress am Arbeitsplatz nimmt zu. Immer wieder werden gerade in armen Ländern Menschenrechte verletzt und menschenunwürdige Produktionsstätten betrieben. Wiederum sind Frauen in besonderem Ausmass betroffen.

Zu den Verliererinnen gehört auch die Demokratie. Weltweit wird versucht Wirtschaftszweige, die stark demokratisch kontrolliert waren, dem globalen Wettbewerb zuzuführen. Das gilt etwa für die Energie- und Gesundheitsversorgung oder für Bildungsinstitute. Diese Bereiche galten früher als wichtig für die Unabhängigkeit der Staaten. Heute werden sie dem demokratischen Einfluss entzogen oder in den Besitz privater Konzerne überführt. Die Gewinne, oft auch steuerfrei in Steuerparadiese verschoben, fliessen so von der Mehrheit der Bevölkerung weg zu einer Minderheit von Investoren und Aktionären immer grösserer Konzerne.

Noch aus einem anderen Grund verliert die Demokratie: Je mehr völkerrechtliche oder bilaterale Handelsverträge abgeschlossen werden, desto schwächer wird die Souveränität der Nationalstaaten. Die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten schwinden. Die Stimmbevölkerung verliert, die Landesregierungen und die multinationalen Institutionen, vor allem aber die global tätigen Konzerne, gewinnen an Macht. Das führt zu einer Veränderung in der Rechtsprechung: Grosse Konzerne erhalten die Möglichkeit, gegen Umwelt- und Menschenrechtsschutz zu klagen, wenn ihre Profite dadurch eingeschränkt werden.

Und schliesslich verliert die Umwelt. Konzerne bezahlen immer noch nichts für die Schäden, die sie dem Klima oder der Natur zufügen. Sie nehmen gemessen an ihrem riesigen Reichtum und ihrer grossen Macht nur selten ökologische Verantwortung wahr. Der Rettung des Klimas und der Natur müssen sich folglich die sich immer stärker verschuldenden Staaten annehmen. Das ist teuer. Sie erhalten dafür von den multinationalen Konzernen immer weniger Mittel, weil die Unternehmenssteuern für sie global sinken oder sie sich ihnen entziehen. Es fehlt an bindenden globalen Rahmenbedingungen und an der Durchsetzung von Mindeststandards für den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte.

3.2.3 Unsere Position: Wie wir uns zur Globalisierung stellen

Für eine offene Wirtschaft wie die Schweiz und eine vernetzte, solidarische Welt ist die Globalisierung eine Entwicklung, die den Wohlstand aller Menschen vermehren und den Frieden fördern kann. Doch Freihandel ohne Schutz der Arbeitleistenden und der Natur schafft zu viele Verliererinnen und Verlierer. Er schadet unserer Gesellschaft. Freihandel soll sich mit menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen und mit der Demokratie vereinbaren, dafür braucht es einen Kurswechsel. Protektionismus ist keine Perspektive; die positive Alternative liegt in einem gerechten internationalen Handel. Die SP will Demokratie statt Abschottung (siehe auch Kapitel 5.3).

3.3 Wachstum - mit Klimaschutz verbinden

Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des Bruttoinlandproduktes²⁶ verstanden. Je schneller es wächst, desto besser geht es einem Land, so die gängige Meinung, welche auch in früheren Wirtschaftskonzepten der SP aufscheint. Doch das täuscht. Einerseits sagt das BIP nichts über die Verteilung der Früchte des Wachstums aus. Andererseits wächst das Bruttoinlandprodukt auch dann, wenn Naturkatastrophen Reparaturen und Notfalldienste nötig machen oder wenn die Natur zerstört und das Klima überhitzt wird. Dass damit kein nachhaltiger Wohlstandsgewinn verbunden ist, versteht sich von selbst. Es gibt Länder und US-Bundesstaaten, welche zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung deshalb andere Indikatoren wie Beschäftigung, Gesundheit, Bildungsstand, Naturzerstörung oder Klimafreundlichkeit (Kohlenstoffeffizienz) beiziehen. Eine Diskussion über Fluch und Segen des Wirtschaftswachstums wird erst sinnvoll, wenn man sich darüber einig wird, was wachsen, wovon es in Zukunft mehr und wovon es weniger geben soll.

²⁶ Das Bruttoinlandprodukt BIP gibt den Gesamtwert aller Güter, d. h. Waren und Dienstleistungen, an, die während eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft als Endprodukte hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen.

3.3.1 Chancen

Das Wirtschaftswachstum aufzugeben ist aber hoch problematisch. Denn es ermöglicht uns Reichtum, Produktivitätsfortschritte und leistet einen Beitrag zur Sicherung der Sozialwerke. Wenn die Produktivität steigt, können wir denselben Wohlstand mit weniger Arbeitsaufwand erreichen. Unser Wirtschaftssystem baut darauf, dass mit dem eingesetzten Kapital eine Rendite erzielt wird. Auch unsere berufliche Vorsorge (2. Säule) baut darauf. Die Rendite kann idealerweise auf alle verteilt werden und eine Nachfrage nach weiterem Wachstum generieren. Sie kann auch dafür eingesetzt werden, die Umweltprobleme zu lösen und eine klima- und ressourcenfreundliche Infrastruktur aufzubauen. So verzeichnete die Schweiz dank Energiesparmassnahmen im Gebäudebau und der Erzeugung erneuerbarer Energie ein höheres Jobwachstum im Umweltbereich als in der Gesamtwirtschaft²⁷. Wird diese Aufwärtsspirale durchbrochen, besteht die Gefahr, dass sie in eine Abwärtsspirale mündet, dass die Nachfrage sinkt, und Jobs verloren gehen. Eine solche schmerzhaft Abwärtsspirale haben diverse europäische Länder nach der Finanzkrise erlebt.

Das Wirtschaftswachstum zu beenden ist ein kaum zu verantwortendes soziales Risiko, es weiter zu führen, sprengt die ökologischen Grenzen des Planeten. Man spricht vom globalen Wachstumsdilemma.

Die Lösung aus der Falle ist die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Kohlenstoff- und Ressourcenverbrauch. Diese findet bisher aber viel zu langsam statt. In der Schweiz langsamer als in vielen anderen Industrieländern. Global ist sie kaum messbar. Die Effizienzgewinne in entwickelten Ländern wurden in den letzten Jahren durch Effizienzverluste in Schwellen- und Entwicklungsländern kompensiert. Damit bei der aktuellen Wachstumsrate die Klimaerhitzung nicht über zwei Grad steigt, müsste die Kohlenstoffeffizienz, also der CO₂-Ausstoss pro Dollar Wirtschaftsleistung, sich rasch vervielfachen²⁸. Weil das enorm schwierig scheint, wächst auch in unseren Reihen die Forderung nach der Suffizienz, d.h. der Kunst des Weniger.

3.3.2 Risiken

Der Zusammenhang zwischen dem klassischen Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung wird immer häufiger auch von Experten hinterfragt. Gerade in hochentwickelten Volkswirtschaften folgt dem BIP-Wachstum nicht mehr zwingend eine Verbesserung des Wohlbefindens der Leute, ihrer Gesundheit, ihrer Freizeit oder ihres Bildungsstandes. Und es wächst das Bewusstsein, dass das Streben nach hemmungslosem wirtschaftlichem Gewinn, nach mehr Konsum und Besitz, ein bedrohliches Problem antreibt: Es zerstört die Ökosysteme, von denen unser Überleben abhängt. In westlichen Industriestaaten ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf in Bezug auf die natürliche Regenerationsfähigkeit der Natur jedenfalls deutlich zu hoch. Er muss dringend sinken statt wachsen.

²⁷ BFS 2017: Mehr Dynamik im Umweltsektor als in der Gesamtwirtschaft

²⁸ Tim Jackson 2017: Wohlstand ohne Wachstum. Das Update

3.3.3 Unsere Position: Wie wir uns zum Wachstum stellen

Die SP will dazu beitragen das Wachstumsdilemma zu durchbrechen und verfolgt deshalb eine Doppelstrategie. Wir fordern mehr nachhaltiges Wachstum. Einerseits sollen die Anstrengungen zur Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch mittels Forschung und gezielten Investitionen in Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, Reparaturwesen und erneuerbare Energien rasch verbessert werden. Andererseits will die SP in einer langfristigen Perspektive auch zu einem Wertewandel beitragen, der uns von der Fokussierung auf materielles Wachstum und der Abhängigkeit von hohen Renditen befreit. Ansätze in diese Richtung können sein, dass Produktivitätsgewinne für hohe Einkommen nicht in Form von Lohnerhöhung, sondern in Form von Arbeitszeitsenkung weitergegeben werden oder dass die Berufsvorsorge vom Einlage- zum Umlageprinzip verlagert wird. Auch deshalb fordern wir eine Stärkung der AHV.

Das Naturkapital (Verbrauch an Kohlenstoff und anderen natürlichen Ressourcen) soll künftig in der volkswirtschaftlichen Buchhaltung abgebildet werden. Das BIP als alleinige Messgrösse für Wirtschaftswachstum soll durch differenziertere Indikatoren, welche dem Wohlstands- und Glücksgewinn der Bevölkerung besser Rechnung tragen, ergänzt werden.

4 Politische Stossrichtungen

Wir leben in unruhigen Zeiten. Was früher gegeben schien, löst sich auf, wird unkontrollierbar. Selbst Unverrückbares, wie etwa das Klima oder das Wirtschaftswachstum, geraten in Gefahr. Die Globalisierung und der technologische Fortschritt durchdringen unseren Alltag und beschleunigen den Wandel. Das bringt Annehmlichkeiten, aber auch zunehmende Unsicherheit. Mein Job, der sicher schien, ist plötzlich in Frage gestellt. Macht die Digitalisierung meine Fähigkeiten überflüssig? Haben die exportorientierten KMUs und Industriebetriebe angesichts unserer überbewerteten Währung und der tiefen Löhne im Ausland noch eine Zukunft? Werden die Firmen, die mit dem Wegzug drohen, wenn wir ihrer Forderung nach immer tieferen Unternehmenssteuern nicht nachkommen, ernst machen?

Vielen geht es in der Schweiz wirtschaftlich gut. Aber der Stress wächst. Ständige Erreichbarkeit, fehlende Planbarkeit der Arbeitseinsätze, längere Arbeitszeiten, Nacht-, Sonntags- und Temporärarbeit, höheres Arbeitstempo, schlechte Vereinbarkeit von Berufs- und Sorgearbeit und fehlende Wertschätzung führen dazu, dass viele von uns an ihre Grenzen kommen und krank werden. Vor allem Ältere haben zunehmend Angst vor dem sozialen Abstieg, wenn sie ihren Job verlieren. Und mit den Löhnen wird das nicht kompensiert. Der bescheidene Lohnanstieg wird durch ansteigende Mieten, Krankenkassenprämien und künstlich verteuerte Importprodukte wieder aufgeessen. Die meisten von uns haben nichts vom immer noch zunehmenden Wohlstand.

Gleichzeitig wird das soziale Auffangnetz löchriger. Die bürgerlichen Parteien greifen die Säulen der sozialen Sicherheit an. Sie senken landauf landab Prämienverbilligungen, Er-

gänzungsleistungen oder Renten, ohne die es für immer mehr Leute gar nicht mehr geht. Das macht uns wütend, denn gleichzeitig steigen die Börsengewinne. Die Löhne in den Chefetagen und die Gewinne der grossen Geldgeber waren noch nie so hoch. Das Mehr, das wir gemeinsam leisten, landet in den Taschen derjenigen, die ihr Geld arbeiten lassen. Das kann so nicht weitergehen. Die ewig gleichen Rezepte - mehr Markt, mehr kurzfristige Profitorientierung, mehr Eigennutz - bringen keine Fortschritte, haben offensichtlich ausgedient. Auch den wachsenden Trend zur Abschottung lehnen wir ab. Die nationalistische Überhöhung und die teilweise rassistischen Parolen der rechtskonservativen Bewegungen bringen Hass, Streit und Wohlstandverluste. Sie lösen keines unserer Probleme. Im Gegenteil.

Auch wächst das Gefühl der Ohnmacht. Im Betrieb haben wir selten etwas zu sagen.

Auch in der Politik sinkt unser Einfluss. Während diejenigen mit den grossen Vermögen kaum Schranken kennen, sind unsere demokratischen Rechte auf unser Land beschränkt. Das nutzen die Parteien, die sich für die Reichen einsetzen, geschickt aus. Sie spielen Staaten gegeneinander aus und verkaufen uns den Abbau von Arbeitsrechten als wirtschaftlichen Sachzwang.

Dagegen wehren wir uns. Die SP lässt nicht zu, dass wir Arbeitleistenden zum Spielball werden und die demokratischen Institutionen von Bund, Kantonen und Gemeinden als gemeinsame Plattformen, in denen die Entwicklung unserer Gesellschaft mitbestimmt und ausgehandelt wird, geschwächt werden.

Aus diesen Gründen stehen wir ein für:

- a) **Investitionen** in die Zukunft. Alle von uns sollen den Wandel mitgestalten können und die Schweiz soll für die kommenden Zeiten gut aufgestellt sein.
- b) **Faire Regeln**, damit alle am Mehrwert teilhaben können.
- c) **Mitbestimmung** statt Abschottung. Denn nur so kann die Globalisierung allen zugutekommen.

4.a Investitionen

Für gute Arbeit, starke Kaufkraft und moderne Infrastruktur

Die Wirtschaftspolitik soll gestalten. Sie soll dafür sorgen, dass das riesige Potential in unserem Land für eine nachhaltige Wirtschaft freigesetzt und für das Gemeinwohl eingesetzt werden kann. Das Potential liegt bei den Leuten, die sich viel zu häufig nicht ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten, sich einbringen und kein freies, selbstbestimmtes Leben führen können. Das Potential liegt aber auch bei den grossen technischen Errungenschaften, gerade im Bereich einer digitalen Wirtschaft, die auf einer erneuerbaren Energieversorgung aufbaut. In diesem Bereich gibt es enorme Fortschritte. Die technischen Lösungen für die Herausforderungen von morgen liegen bereit. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Potential freigesetzt wird und eine zukunftsfähige Wirtschaft entsteht, die allen, auch künftigen Generationen, dient. Der Umbau der Wirtschaft soll mit einem Wertewandel auf

individueller und gesellschaftlicher Ebene einhergehen. Damit unsere Wirtschaft gleichzeitig national stark bleiben und sich weltweit nachhaltig entwickeln kann, brauchen wir eine neue Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen.

1. Aus- und Weiterbildung ausbauen

Damit alle von uns den schnellen Wandel mitgestalten und auch künftig einen sinnvollen und effizienten Beitrag an die Wirtschaft leisten können, muss die Schweiz mehr in die Fähigkeiten ihrer Arbeitskräfte investieren. Die Anstrengungen bei Bund, Kantonen und bei den Unternehmen sind deutlich auszubauen.

2. Motivierende Arbeitsbedingungen schaffen, die Arbeitszeit senken

Wir wollen, dass sich alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten einbringen und unter guten Bedingungen arbeiten können. Das schaffen wir am besten, wenn wir gesunde Arbeitsbedingungen vorfinden und auch genügend Zeit haben für unsere Kinder, Beziehungen, Ferien, Hobbies und unsere Freiwilligenarbeit. Deshalb stehen wir ein für kürzere - und sicher nicht längere - Arbeitszeiten, eine faire Zeitkompensation von Überzeit und mehr Möglichkeiten Teilzeit zu arbeiten. Das erlaubt nicht zuletzt eine gerechtere Verteilung der familiären Haus- und Pflegearbeit. Wenn die Arbeit auf mehr Köpfe verteilt wird, haben wir motiviertere Arbeitskräfte und mehr Arbeitssuchende finden eine Stelle. Die Löhne der Frauen sind endlich auf das Niveau der Männer anzuheben. Zu einem motivierenden Arbeitsumfeld gehört schliesslich auch, dass man sich in den Betrieben und Unternehmen auf Augenhöhe begegnet und die Arbeitenden in Entscheide, die sie betreffen, einbezogen werden.

3. Die Kaufkraft stärken

60 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung wird durch die Binnennachfrage generiert. Deshalb soll die Politik dafür sorgen, dass die Kosten namentlich für Mieten, Krankenkassen und überteuerte Importe oder überhöhte Gebühren für alle bezahlbar sind. Gewinne aus der Umzonung und Umnutzung von Grund und Boden müssen der Allgemeinheit zugeführt werden. Der Import fossiler und nuklearer Energieträger im Wert 10 bis 13 Milliarden Franken pro Jahr muss massiv reduziert werden zugunsten erneuerbarer einheimischer Energiequellen. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe sollen unter Berücksichtigung ihres ökologischen Fussabdrucks gestärkt werden, so dass möglichst viel Geld im Land bleibt und nicht an ausländische Konzerne abfließt. Davon profitieren insbesondere die KMUs, welche fast ausschliesslich für den Inlandmarkt produzieren.

4. In Forschung und Entwicklung investieren

Der freie Zugang zu Forschungsergebnissen ist ein entscheidender Faktor in einer innovationsgetriebenen Wirtschaft. Dafür braucht es deutlich mehr öffentliche Investitionen in öffentliche Forschung. Die Forschungsergebnisse müssen allen zugänglich und dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Die öffentliche Hand kann sich bei Unternehmen beteiligen, die sie massiv gefördert hat.

5. Nachhaltige und digitale Infrastruktur ausbauen

Die Wirtschaft der Zukunft wird stärker auf digitale und erneuerbare Technologien bauen. Um die Schweiz dafür fit zu machen, sollen die zukunftssträchtigen Infrastrukturen deutlich schneller ausgebaut werden. Dazu zählen insbesondere digitale Netze, Produktion, Leitung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien und öffentlicher Verkehr. Kommunikationsnetze, Energieversorgung und öffentlicher Verkehr müssen für die gesamte Bevölkerung zugänglich sein. Die politische Kontrolle über unsere Infrastruktur soll gesichert, der Einfluss globaler Monopole bei Netzinfrastruktur und Angeboten beschränkt werden.

6. Unterstützende Strukturen anbieten

Care-Arbeit bezeichnet alle Formen der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit in den Bereichen Kinderbetreuung, Alten-, Krankenpflege und Hausarbeit. Ohne sie würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Der grössere, unbezahlte Teil der Care-Arbeit wird heute nicht angemessen honoriert und schränkt die Berufstätigkeit vor allem von Frauen ein. Die Care-Arbeit muss vermehrt bezahlt und allgemein besser entschädigt werden. Ausserdem müssen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bekämpft werden. Dazu sind öffentliche Mittel so einzusetzen, dass der Zugang zu Pflege und Betreuung für alle Bevölkerungsteile erschwinglich ist. Soziale Infrastrukturen wie öffentliche und bezahlbare Betreuungsangebote, die flächendeckend zur Verfügung stehen, sollen die beruflichen Möglichkeiten verbessern.

7. Stabile Finanzinstitute für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Die Nationalbank sorgt entschlossener dafür, dass eine stabile, berechenbare Währung die Produktion in der Schweiz nicht benachteiligt. Zudem muss sie die Entwicklung der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit stärker in den Fokus nehmen, was im Interesse der Lohnabhängigen ist. Die grossen Schweizer Banken verfügen über genügend Eigenmittel, so dass sie sich selber aus einer Finanzkrise retten können. Ihr Eigenhandel muss eingeschränkt, die Ausgabe von Derivaten kontrolliert werden. Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, dass mehr Schweizer Ersparnisse in Schweizer KMUs und Startups und nachhaltige Infrastruktur investiert werden.

8. Ein Zukunftsfonds für eine nachhaltige und unabhängige Wirtschaft

Die Schweiz schafft einen Zukunftsfonds. Er stellt innovativen Schweizer Firmen günstiges Kapital zur Verfügung und investiert in die nachhaltige Wirtschaft. Mit Beteiligungen an Unternehmen im öffentlichen Interesse verringert der Fonds die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Investoren und kurzfristigen Managerentscheidungen. Der Fonds kann über Gewinne der Nationalbank, die Ausgabe von Anleihen oder eine Abgabe auf grossen Vermögen finanziert werden und ist offen für Beteiligungen von Pensionskassen.

9. Nachhaltige Entwicklung global fördern

Die Schweiz setzt sich für starke internationale Organisationen ein, die eine nachhaltige Entwicklung weltweit vorantreiben und unterstützt die Ziele der von der UNO verabschiedeten Agenda 2030 tatkräftig. Sie engagiert sich namentlich dafür, dass die Ziele der Agenda 2030 in internationalen Organisationen wie der WTO, dem IWF oder der Weltbank respektiert werden. Parlament und Öffentlichkeit werden regelmässig und detailliert über die Aktivitäten informiert.

4.b Faire Regeln

Damit der Mehrwert allen zu Gute kommt

Von den Investitionen in die Zukunft profitieren alle. Die Unternehmen genauso wie die Angestellten. Denn motivierte, fähige Arbeitskräfte mit grossem Wissen, gute, sichere Infrastruktur und eine intakte Umwelt sind die Basis für jedes wirtschaftliche Gedeihen. In den letzten Jahren wurde zu wenig investiert und es waren die Arbeitleistenden, die immer höhere Anteile an den Kosten dafür aufbringen mussten. Währenddessen wurden diejenigen, die ihr Geld arbeiten lassen, immer reicher. Das geht so nicht weiter. Die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung sollen allen Menschen zu Gute kommen. Wer mit seinem Geld grosse Gewinne macht, soll mehr Verantwortung übernehmen und, z.B. über Steuern, mehr an die Investitionen für die Zukunft beitragen. Und es braucht Regeln, die sicherstellen, dass überall faire Arbeitsbedingungen gelten und alle die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, sich zu entfalten. Die Klimaüberhitzung und miserable Arbeitsbedingungen müssen gestoppt werden. Wir brauchen Fortschritte in folgenden Bereichen.

10. Unternehmens-, Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen besteuern

Wer sein Geld arbeiten lässt, wurde in den letzten Jahren beschenkt. Die Sätze zur Besteuerung des Kapitals wurden in den Kantonen, beim Bund und weltweit gesenkt. Ausgerechnet die grössten Profiteure der wirtschaftlichen Entwicklung, die Unternehmen mit hohen Gewinnen und ihre Geldgeber, profitierten am meisten von Steuersenkungen. Hier braucht es eine klare Korrektur. Dividenden, Gewinne, Kapitalrenditen, Wertvermehrungen von Immobilien oder Erbschaften sind höher zu besteuern. Die SP fordert auch weltweit und in der Schweiz eine Finanztransaktionssteuer. Denn immer mehr Geld wird durch Spekulationen auf dem Finanzmarkt und nicht durch Investitionen in die Realwirtschaft verdient. Jetzt sind die Leute dran. Wenn die nötigen Investitionen finanziert sind, und finanzieller Spielraum besteht, sollen das soziale Netz gesichert und die Gebühren, Mehrwert- oder Einkommenssteuern gesenkt werden.

11. Internationale Steuerflucht bekämpfen

Wir sind nicht mehr bereit höhere Steuern zu zahlen, nur weil Reiche und Multis mit Hilfe von Steuerberatern und üblen Tricks ihre Gelder verstecken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Steuerflucht beendet wird. Wir unterstützen die Bemühungen der OECD zur Schliessung von Steuerschlupflöchern und fordern, dass alle steuerpflichtigen Vermögen und Vermögensgewinne von den Banken an die Schweizer Steuerbehörden gemeldet werden (Automatischer Informationsaustausch). Wir fordern das schon lange, auch innerhalb der Schweiz.

12. Abhängigkeit von fossiler Energie überwinden

Die Schweiz soll ihren Beitrag leisten, um die Klimaüberhitzung abzuwenden. Darin sehen wir auch ökonomisch eine grosse Chance, denn wir vermeiden Kosten, Abhängigkeit und wir schaffen langfristig neue Arbeitsplätze im Cleantech-Sektor. Wir wollen das Versprechen, das die Schweiz mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens abgegeben hat, halten. Bis spätestens 2050 muss die Schweiz klimaneutral sein. Das schaffen wir nur, wenn der Ausstieg aus der Erdöl-, Erdgas und Kohlewirtschaft entschieden beschleunigt wird. Deshalb sollen Firmen und Haushalte, die diesen Pfad gehen, Anreize erhalten und profitieren. Die SP steht für Lenkungsabgaben, die vollumfänglich an Bevölkerung und Firmen zurückverteilt werden aber auch für Förderabgaben, die den Umstieg erleichtern. Wir sorgen dafür, dass solche Abgaben sozial ausgestaltet werden. Die SP fordert auch Vorgaben an den Finanzmarkt. Der Schweizer Finanzmarkt ist einer der grössten der Welt. Er muss sich zum Ziel der Klimaneutralität verpflichten. Die Transformation zu einer klimaschonenden Wirtschaftsweise muss entschieden beschleunigt werden.

13. Arbeitsrechte und Sozialpartnerschaft stärken

Neue rechtliche Lösungen für den Sozialversicherungsbereich und das Arbeitsrecht müssen verhindern, dass die Digitalisierung, gerade angesichts der Entwicklungen der Plattformökonomie dazu missbraucht wird, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Im Gegenteil, die Sozialpartnerschaft soll gestärkt und die Gesamtarbeitsverträge auf alle Branchen ausgeweitet werden. Es braucht darüber hinaus substanzielle Mitbestimmungsrechte der Belegschaften auf Unternehmensebene, also da, wo die wichtigen strategischen Entscheide gefällt werden. Wir brauchen Minimalstandards in Branchen ohne oder mit nur schwacher gewerkschaftlicher Interessenvertretung (z.B. Gastronomie, Reinigungssektor, Detailhandel, Pflege) und einen besseren Kündigungsschutz vor allem für ältere Mitarbeitende. Der Arbeitsschutz soll auch diejenigen Menschen einbeziehen, die als externe Auftragnehmerinnen und auf Abruf tätig sind (contracter, crowdworker). Dazu ist es unverzichtbar, neue Arbeitsmodelle zu definieren und rechtlich abzusichern.

14. Arbeitsmigration flankieren

Zuwanderung und Grenzgängertum sollen die ansässigen Betriebe und Arbeitleistenden unterstützen, nicht verdrängen. Deshalb muss mit griffigen, verstärkten flankierenden Massnahmen und regelmässigen Kontrollen sichergestellt werden, dass branchenübliche oder kantonale Mindestlöhne nicht unterboten und Arbeitszeiten nicht ausgedehnt werden und hiesige Arbeitskräfte gute Chancen auf einen Job behalten. Die längst fällige Gleichstellung von Frauen hilft, den zunehmenden Fachkräftemangel zu entschärfen.

4.c Mitbestimmung

Die Weltwirtschaft verändern und mitgestalten

Die grossen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit können nur gemeinsam gelöst werden. Die SP setzt sich deshalb für eine demokratische Globalisierung ein. Globalisierung ist kein Selbstzweck. Wir wollen keine Globalisierung, die alleine nach Massgabe der Profitmaximierung funktioniert. Wir wollen keine Globalisierung, die den Einen ein Leben in materiellem Wohlstand ermöglicht, und Andere (und die Natur) dafür ausbeutet. Wir wollen eine Globalisierung, die allen zugutekommt. Eine solche Globalisierung zu gestalten ist die grosse Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Eine gefährliche Träumerei ist hingegen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Abschottung, mit der reaktionäre Kräfte europaweit Stimmung machen. Um die Globalisierung demokratischer, solidarischer und ökologischer zu machen gibt es zwei Ansatzpunkte²⁹: Zum einen müssen wir die Handlungsspielräume in der Schweiz und auf regionaler Ebene nutzen, um die Wirtschaft entsprechend zu verändern und auch den für eine solidarische Lebensweise nötigen Wertewandel voranzutreiben. Zum andern gilt es die internationalen Institutionen zu demokratisieren und zu tatsächlichen Institutionen des Gemeinwohls zu machen.

15. Die öffentlichen Dienstleistungen stärken und ausweiten

Was früher die Allmenden waren, sind heute öffentliche Güter und Dienstleistungen, die allen gehören und über die alle mitbestimmen. Sie sind bis heute das Erfolgsmodell der «Eid-Genossenschaft». Wir haben nach wie vor gute Schulen und Universitäten, gute öffentliche Transportsysteme, gute nationale Medien, gute Stadtwerke und Spitäler. Wir haben nicht wie andere Ländern den Fehler gemacht, Infrastrukturen und zentrale öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und dem Markt zu überlassen. Das wollen wir auch in Zukunft nicht. Im Gegenteil. Die SP wird weiterhin gegen die rechten Privatisierungsphantasien ankämpfen und sich für einen starken öffentlichen Dienst im Interesse der Allgemeinheit einsetzen. Denn die Gewinne von öffentlichen Werken kommen allen zu Gute. Sie verschwinden nicht in den Taschen von Grossaktionären. Zudem ermöglichen diese Gewinne einen flächendeckenden Service public auch in weniger dicht besiedelten und/oder peripheren Regionen. Und wir können sie demokratisch steuern. Eine gerechte zukunftsfähige Wirtschaft setzt wieder vermehrt auf Allmenden. Neben dem Boden sollen heute auch Bereiche wie Gesundheit und Pflege oder die Infrastrukturen des Internets als demokratische Gemeingüter, als Allmenden, verstanden und als Service public entwickelt werden.

²⁹ Siehe dazu auch das vom philippinischen Walden Bello entwickelte Konzept der Deglobalisierung, http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/Bello_De-Globalisierung.pdf

16. Eine zukunftsfähige Wirtschaft fördern

Wie im Positionspapier Wirtschaftsdemokratie gezeigt, gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Wirtschaft hierzulande demokratischer, solidarischer und ökologischer zu gestalten. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie die «Gemeinwohlökonomie» oder «Fair Trade» sind Beispiele. Gleichzeitig verstehen sich immer mehr Unternehmen, insbesondere KMUs, als «soziale Unternehmen» und bemühen sich, nachhaltig zu wirtschaften. Diese Aktivitäten sollen gezielt gefördert werden, durch gute Rahmendbedingungen, passende Rechtsformen für soziales Unternehmertum oder durch einen Förderartikel in der Bundesverfassung. Ein Zukunftsfonds soll es dem Staat ermöglichen, sich an grossen Unternehmen zu beteiligen und deren Gewinne zum Wohl der Allgemeinheit zu nutzen.

17. Solidarischer Handel - demokratisch gestaltet

«Right to regulate» muss das Grundprinzip sein, wenn es um internationale Handelspolitik geht: Handelsabkommen dürfen niemals die demokratischen Rechte zur verstärkten Umweltschutzregulierung oder Sozialregulierung einschränken. Dementsprechend dürfen Investitionsschutzabkommen nicht einfach den multinationalen Konzernen und ihren Geldgebern dienen, sondern müssen auch einen verbindlichen und überprüfbaren gesellschaftlichen Nutzen einfordern. Die Agenda 2030 ist ein guter Angelpunkt für eine zeitgemässe Handelspolitik. Diese könnte sich auch über ein Handelsgesetz definieren.

18. Für eine demokratische Weltgemeinschaft

Die gewinngetriebene Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat die nationalstaatlich verfassten Demokratien geschwächt. Soll die Globalisierung zu einer Chance für die Menschen werden, braucht es eine Weiterentwicklung der Demokratie auf internationaler und supranationaler Ebene. Dieser Prozess beginnt natürlich nicht bei null. Gerade die EU und die UNO haben das Potenzial zu tragenden Säulen einer gerechteren Welt zu werden. Dazu müssen sie aber demokratischer und mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet werden.